

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 37.

Berlin, den 11. September 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Gewerkschaftsgeist. — Schutz den Kindern. — Rundschau: Die „kalte Hundeschauze“. Soll's so weiter gehen? Niesenaussperrung in der Metallindustrie? Die Privatangestelltenverbände im Jahre 1909. Wozu braucht man einen nationalliberalen Redakteur? „Freie“ Gewerkschaften als Rekrutenschule der Sozialdemokratie. — **Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten:** Nachen. Fürde. Fulda. Helmsdorf. Jülich. Kattowitz. Bezirk Röttigsberg. Bezirk Münden. Mühlhausen i. G. — **Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Rechtsprechung. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.**

Gewerkschaftsgeist.

Motto: „Das Leben ist nur dem an feien Wunden reich,
Der froh bewußt es sich und anderen lebt zugleich.“

Gewerkschaftliche Organisation: Eine Reihe von Personen mit gemeinsamem Ziel und gemeinsamen Bestrebungen. Eine sehr einfache Formel. Ohne Organisation ist eine gemeinsame Arbeit vieler Einzelpersonen undenkbar. Diese wiederum benötigt bei der Verfolgung ihrer Bestrebungen ein Gesetz, dem sich die Einzelglieder zu unterwerfen haben, um nicht von dem richtigen Wege abzuweichen. Nur damit ist die notwendige Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten. Für den Einsichtigen ist das so klar, daß es einer weiteren Begründung nicht bedarf. Aber noch ein weiteres Band ist notwendig. Blicken wir uns in der vernunftlosen Welt um, so bemerkt jeder auf den ersten Blick, daß da, wo kein Gesetz, keine Ordnung ist, auch nichts gedeihen kann. Auch in einem Gemeinschaftswesen, wo einer rechts, der andere links, der eine vorwärts, der andere rückwärts zieht, muß alles durcheinander gehen. Unser Gesetz nun, welches die Ordnung innerhalb unserer Reihen, der Arbeiterorganisation, aufrichterhält, ist unser Statut; das Band, das uns umschließt, ist die Solidarität und der Gemeininn. Unser Statut sagt in seinem § 2 Abs. 2: „Bedingung für die Aufnahme ist die Anerkennung des Verbandsstatuts und aller sonstigen Bestimmungen.“ Der § 3a fordert gegenseitige Solidarität. Das sind sozusagen die Grundpfeiler unserer Organisation, auf der unsere Gemeinschaftsarbeit beruht. Ohne diese kann sie nicht gedacht werden.

Nicht immer erinnert man sich dieser entscheidenden Sätze, zumal dann nicht, wenn die Mitgliedschaft materielle Opfer fordert. Ohne Opfer kann aber weder ein Gemeinschaftswesen bestehen, noch Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. Den Gedanken, daß die Opfer, die der einzelne bringt, nicht für sich selbst, sondern auch für andere gebracht werden, hört man sehr oft aussprechen. Der Abneigung gegen das Eintreten für andere, die den stärksten egoistischen Motiven entspricht, hört man oft dadurch Ausdruck verleihen: „Ich habe keinen Verband notwendig, ich verdiene doch meinen Lohn. Vielfach dünken sich die, die solches aussprechen, für intelligenter als die anderen. Beide Gedanken sind falsch und beweisen deutlich, daß hier der Glaube besteht, sie seien nur anderer Kollegen wegen im Verband. Wie wir überhaupt in der Welt auf unseren Nebenmenschen angewiesen sind, so auch auf unsere Nebenkollegen im Beruf, diese wiederum auf uns und so ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne sich intelligenter einschätzt, wie den anderen. Wir sind aber auch verpflichtet auf Grund des Gebotes: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ unseren Nebenkollegen zu helfen. Diese Hilfe soll sich nicht allein zeigen auf der Arbeitsstelle, in der praktischen Arbeit, sondern auch dort, wo man materielle Opfer bringen muß, womit der Gesamtstand gehoben werden soll. Ohne diese muß auch der Beste zurückbleiben, nur durch die Gesamtheit kann auch er gehoben werden. In einem Gemeinschaftswesen gilt der Elementarsatz: „Einer für alle, alle für einen.“

Eine schematische Ordnung in der Tätigkeit der Organisation ist kaum möglich, weil es Umstände gibt, wo der eine Opfer bringen muß, die dem anderen zugute kommen. In einem Gemeinschaftswesen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, den ganzen Stand zu heben, kann ein solches Opferbringen nicht so betrachtet werden, als hätte man Almosen ausgeteilt, sondern indem man den anderen in seiner Not unterstützt, hat man seine eigenen Interessen vertreten. Und was dem einen heute gilt, gilt für den anderen morgen. Das Gemeinschaftswesen muß deshalb, wenn es Bestand und Aktionskraft besitzen soll, von den einzelnen Gliedern Disziplin fordern. Da hört man gerade jetzt öfters den Ausruf: „Die Mitglieder haben nichts mehr zu sagen, sie werden nicht mehr gefragt. Die Demokratie innerhalb des Verbandes ist nicht mehr da.“ Solche Fragen gerade in Situationen, wo die Disziplin am dringendsten geboten ist. Was verstehen wir mit diesem eigentlich unter dem Wort „Demokratie“, welche es so oft gebrauchen? In einem Gemeinschaftswesen, wo die Zahl der Mitglieder so groß geworden ist, daß Entscheidungen für die übergroße Mehrzahl nur noch durch gewählte Vertretungen getroffen werden können, besteht doch auch jedenfalls zu Recht, daß die Minorität der Majorität sich zu fügen hat. Wenn nun

eine Generalversammlung als höchste Instanz des Verbandes gesprochen hat, so haben die Mitglieder durch ihre gewählten Vertreter gesprochen, und man kann aus diesem Grunde nicht davon reden, daß die Mitglieder nicht mehr gefragt würden. Daß manche sich mit dieser Art Demokratie nicht abfinden können, daß sie den Organisationsgang nicht verstehen, liegt nur bei ihnen selbst, indem sie vielleicht lange Jahre Mitglied der Organisation sind, sich aber nicht über den Aufbau der Organisation, über die Art, wie die zu fassenden Beschlüsse zustande kommen, unterrichtet haben. Das muß aber jeder wissen, daß Generalversammlungsbeschlüsse für alle Mitglieder bindend sind, selbst wenn der eine oder andere glaubt, nicht damit einverstanden sein zu können. Solange er Mitglied dieses Gemeinschaftswesens ist, muß er sich dem Beschluß desselben fügen, oder die Konsequenzen ziehen. Würde unser Statut eingehender studiert werden, dann könnten Mißverständnisse nicht auskommen, die leider noch viel Arbeit und Unannehmlichkeiten verursachen.

Es muß aber auch gesagt werden, daß es den Anschein hat, als wollten manche keine Klarheit, weil dann kein Raum mehr für ihre extremen Ansichten übrigbleibt. Das Studium unserer Verbandsprotokolle würde auch manches Mißverständnis klären helfen und manchen Kollegen einen weiteren Blick für die Möglichkeiten und Notwendigkeiten gewähren. Es ist eine unabweisbare Pflicht, ein Gemeinschaftswesen, dem man angehört, das die eigenen Interessen vertreten soll, auch in seinen innersten Zusammenhängen kennen zu lernen. Das Bedürfnis hierzu scheint aber nicht überall gleich stark vorhanden zu sein, sonst müßte der Absatz unserer Verbandsprotokolle weit größer sein. Wenn z. B. in einer Verwaltungsstelle mit über 500 Mitgliedern nur 30 Protokolle unter großen Mühen abgesetzt werden konnten, so ist das kein erfreuliches Zeichen. Ja, noch nicht einmal alle Vorstandsmitglieder sind im Besitze eines solchen! Wenn frisches Leben in einer Organisation pulsen soll, dann muß der größte Prozentsatz der Mitglieder von dem Wesen, dem Zweck und den Zielen der Organisation voll und ganz durchdrungen sein.

Ein Gemeinschaftswesen, wie es unsere Organisation darstellt, ist vor allem auf das gegenseitige Verstehen der Mitglieder untereinander angewiesen. Es sollte nicht vorkommen, daß unter persönlicher Abneigung des einen gegen den anderen die Organisation leidet. Alles sollte nur unter dem Gesichtswinkel des zu erstrebenden Zieles betrachtet werden. Wo das Bestreben vorhanden ist, sich das richtige Verständnis für ein Gemeinschaftswesen anzueignen, wird trotz persönlicher Abneigung ein sachliches Zusammenarbeiten möglich sein. Am allerwenigsten sollte das Zusammenarbeiten durch unverständlichen Trotz beeinträchtigt werden.

Die Aufgaben, die uns in der Zukunft bevorstehen, sind so groß, daß ernsthaft darüber nachgedacht werden muß, wie wir diese erfüllen können. Es wird unserer ganzen Kraft bedürfen, Gefahren, die uns drohen, abzuwehren. Wenn allort mit dem notwendigen Eifer gearbeitet wird, dann bleibt kaum Zeit übrig für andere Gedanken. Die Gleichgültigkeit ist vom Uebel, sie bringt nicht vorwärts. Wenn mancher meint, was soll ich mich anstrengen, laß kommen, was will, ich habe nichts zu verlieren, so trifft das wohl nicht ganz zu, wir haben heute schon sehr viel zu verlieren, noch mehr aber zu gewinnen. Denken wir darum bei allem an das vorstehende Motto, dann werden wir in der Arbeit, die wir für die Organisation leisten, Befriedigung finden und ohne Murren die Pflicht, die uns unser Gemeinschaftswesen, unsere Organisation, auferlegt, erfüllen. In der Tat zeigt sich der Mann!

Schutz den Kindern.

Ist der Schutz von Leben und Gesundheit unserer Arbeiterschaft als sozialpolitische Maßnahme mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer Volksgesundheit und der Leistungsfähigkeit unserer Industrie von großer allgemeiner Bedeutung, so trifft das im besonderen auf den Schutz der jugendlichen Arbeitskraft als dem Träger der künftigen Generation, zu. Dieser Erkenntnis ist auch das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 entsprungen, das die gewerbliche Betätigung der Kinder außerhalb der Fabriken zu erfassen und in ihren Auswüchsen durch Beschränkungen zu bekämpfen sucht. Will man nun einen Ueberblick über die Durchführung dieses Kinderschutzgesetzes gewinnen, so ist man fast ausschließlich auf die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten als amtliche Quelle angewiesen. Die Angaben nun, die nach dieser Richtung hin wieder die preussischen Beamten in ihren Berichten für das Jahr 1909 machen, lassen erkennen, daß es hier noch viele Mißstände zu beseitigen gilt, und die gesetzlichen Maßnahmen noch lange nicht die Durchführung erfahren, die im Interesse ihrer Schutzbefohlenen wünschenswert wäre.

Ueber die Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz berichten die Beamten wieder in zahlreichen Fällen. Besonders häufig waren diese in den zum Landespolizeibezirk Berlin gehörigen Bezirken, aus denen die Beamten mehrere besonders traffe

Fälle mitteilen. Die auf dem Gebiete der Kinderbeschäftigung zutage tretenden Mißstände sind nach dem Berichterstattung allem Anschein nach zum größten Teile darauf zurückzuführen, daß sowohl den Eltern der Kinder, als auch den Gewerbetreibenden die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes immer noch nicht genügend bekannt sind. Der für Charlottenburg zuständige Gewerbeinspektor hat deshalb veranlaßt, daß in den dortigen Gemeinbeschulen ein von ihm verfaßter knapper und übersichtlicher Auszug aus dem Gesetz an die Kinder verteilt wird, die gewerblich tätig sind oder eine solche Beschäftigung übernehmen wollen. Es ist versucht worden, dieses Verfahren auch in der Berliner Gemeinbeschulen einzuführen; bisher ließ sich indes die städtische Schuldeputation nicht dazu bereit finden. Sie hält es für ausreichend, wenn ihrer Anordnung gemäß eine Zusammenstellung dieser Bestimmungen im Konferenzzimmer jeder Gemeinbeschule aushängt.

Wie notwendig es aber ist, auf diesem Gebiete durchgreifend Wandel zu schaffen, geht auch aus den Bemerkungen hervor, die von den Klassenlehrern in den Verzeichnissen der gewerblich tätigen Kinder gemacht worden sind, die hier die Kreisinspektoren jährlich dem zuständigen Gewerbeinspektor vorzulegen haben. Diese Bemerkungen über die Einwirkung der gewerblichen Tätigkeit auf die Kinder lauteten in zahlreichen Fällen: „Bleibt zurück“, „Ist schläfrig“, „Ist matt, blutarm“, „Zeigt eine auffällige Erschlaffung“, „Rückgang in den Leistungen“. Eine Beeinträchtigung des Fleißes und der Aufmerksamkeit oder der Regelmäßigkeit des Schulbesuches infolge der gewerblichen Tätigkeit konstatierte bei den Kindern auch der Gewerbeinspektor für den Regierungsbezirk Minden, infolgedessen eine Anzahl von Arbeitskarten wieder eingezogen wurde. Zahlreiche Bestrafungen wurden für den Regierungsbezirk Düsseldorf für Duisburg mitgeteilt. Hier wurden nicht weniger wie 73 Personen mit Strafen belegt; in 24 Fällen erkannte das Gericht auf Geldstrafen, die zwischen 20 und 50 M schwanken. Für übrigen bewährte sich im Düsseldorf Regierungsbezirk das Zusammenarbeiten der Gewerbeaufsichtsbeamten mit der Schule und der Polizei auch im Vorjahre gut. Zahlreiche Gesetzwidrigkeiten wurden hier mit Hilfe der eingereichten Schullisten ermittelt und, ohne daß die Interessen der Schule berührt wurden, abgestellt.

Unter den Mitteln, die geeignet sind, eine bessere Kenntnis der tatsächlichen Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes sowie deren Durchführung herbeizuführen, kommen vornehmlich auch die Merkblätter in Betracht. Als solche wurden im Bezirk der Mindener Regierung seitens des Regierungspräsidenten den Ortspolizeibehörden Abschrücke einer übersichtlichen Zusammenstellung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes in Taschenformat zur Verteilung an ihre im Aufbauseinrichtung beschäftigten Beamten und an die Gendarmen überwiesen. Die eingegangenen Berichte lassen erkennen, daß die Durchführung des Gesetzes inzwischen wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die erwähnte Zusammenstellung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes ist seitens der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Mindener Regierung durch Vermittlung der Kreisinspektoren auch sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen der Volksschulen des Bezirks ausgehändigt worden, damit sie die Bestimmungen behufs Ueberwachung der gewerblichen Beschäftigung der Schulkinder stets bequem zur Hand haben. In Frankfurt a. O. gibt die Polizeiverwaltung jeder ausgestellten Arbeitskarte unentgeltlich zwei von dem dortigen Gewerbeinspektor entworfene Merkblätter mit, eins für den Arbeitgeber, eins für den gesetzlichen Vertreter des Kindes. Diese Merkblätter sind verschieden je nach der vorliegenden Beschäftigung des Kindes und enthalten nur die Bestimmungen, die für dieses in Betracht kommen. Nach Ansicht der Polizeiverwaltung ist ein bedeutender Erfolg dieser Maßnahmen festzustellen, insofern als die Zuwiderhandlungen gegen das erwähnte Gesetz erheblich zurückgegangen sind. Der Regierungspräsident hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, eine gleiche Maßnahme sämtlichen Polizeiverwaltungen zu empfehlen.

Muß nach alledem die Durchführung des Kinderschutzgesetzes im bisherigen Maße als unzulänglich bezeichnet werden, so steht auf der anderen Seite fest, daß eine solche ziemlich abgeschlossen ist ohne die hilfsbereite Mitwirkung der Schule. Deshalb gilt es, die Bande zwischen dieser und den Behörden möglichst enge zu knüpfen und den Lehrern durch Vorträge usw. die große Schädlichkeit der Kinderarbeit sowohl für die Kinder selbst als für das gesamte Volkswohl zur Anschauung zu bringen. Als ein wirksames Mittel, dem Gesetz mehr Geltung zu verschaffen, haben sich auch die von der organisierten Arbeiterschaft an einigen Orten bereits eingerichteten Kinderschutzkommissionen erwiesen. Diese haben die Aufgabe, der Kinderbeschäftigung nicht bloß bei fremden Arbeitgebern nachzugehen, sondern namentlich auch bei den eigenen Eltern, da gerade diese es vielfach sind, welche die Bedeutung des Kinderschutzgesetzes nicht zu würdigen wissen und sich ohne Not als die schlimmsten Ausbeuter der Kinder erweisen. Eine Untersuchung der Frage,

wie auch die Organe der Caritas nach dem Muster solcher Kommissionen in den Dienst des Gesetzes gestellt werden können, dürfte wohl der Mühe wert sein!

Rundschau.

Die „kalte Hundeschauze“. Auf unseren in Nummer 35 der „Baugewerkschaft“ erschienenen Artikel über die wilde Zimmererstreik in Dortmund, Essen und Duisburg schreibt der „Zimmerer“, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes:

„Die „christliche“ Baugewerkschaft beschäftigt sich in ihrer Nr. 35 vom 28. August d. J. nochmals mit den zum Teil bereits beendeten Zimmererstreiks in einzelnen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Sie spielt die Rolle eines Mörders der Scharfmacher weiter, in der sie sich schon in früheren Auslassungen (Vergleiche „Zimmerer“ Nr. 32) gefallen hat. Das kräftige „Pfeil-Deibel“ des „Zimmerer“ für diese traurige Handlung ist ihr böse auf die Lippen gefallen. (???) Nachdem sie nun endlich die Sprache wiedergefunden, verbricht sie einen langen Artikel, worin der freie Zimmererverband, der „Zimmerer“ und auch der Gauleiter unseres Verbandes für Rheinland-Westfalen auf gut „christliche“ Art heruntergeputzt werden. Auch das Tarifprogramm unseres Verbandes, beschlossen auf der Generalfversammlung zu Stuttgart 1909, wird von ihr mißbraucht in einer Weise, die nur zu deutlich erkennen läßt, daß ihr das Verständnis für die richtige Wertung der darin enthaltenen Leisefälle völlig abgeht. (Sehr richtig! D. R.) Lassen wir sie deshalb ruhig schwätzen.

Auch die übrigen Annurze der „christlichen“ Baugewerkschaft lassen uns kalt wie eine Hundeschauze, nur ein Gefühl des Mitleides beschleicht uns für diejenigen Arbeiter — mögen sie nun zu den christlich gesinnten zählen oder nicht — die sich ein Organ zur Vertretung ihrer Interessen gefallen lassen müssen, das sich ganz offen zum Verächter der nächsten Scharfmacherinteressen aufwirft.“

Sonderbar! Der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Kollege Schrader, hat noch bei jeder Sitzung mit dem Arbeitgeberverband erklärt, daß der Zentralvorstand der Zimmerer alles tue, um den Schiedsspruch zur Anerkennung zu bringen. Und wir glauben dem Kollegen Schrader, sind auch der Meinung, daß er an den Treibereien im „Zimmerer“ unschuldig ist. In Konsequenz des „Zimmerer“ ist mithin der Zentralvorstand des Zimmererverbandes auch ein „Mörder der Scharfmacher“, der für „diese traurige Handlung“ zu bemitleiden ist. Und einen solchen Vorstand müssen sich die Zimmerer „zur Vertretung ihrer Interessen gefallen lassen, der sich ganz offen zum Verächter der nächsten Scharfmacherinteressen aufwirft“. Wirklich, dazu bedarf es einer „kalten Hundeschauze“, wie sie im „Zimmerer“ ihr Unwesen treibt. Hier ist wirkliches Mitleid angebracht. Das Schlimmste ist, daß die „kalte Hundeschauze“ der Meinung ist, andere, in diesem Falle wir selbst, hätten uns durch die Ausführungen im „Zimmerer“ getroffen. Ach nein, gar keine Veranlassung! Höchstens läßt man darüber. Weil wir nicht reif sind für das Institut Pasteur, darum fehlt uns eben „das Verständnis für die richtige Wertung“ der im genannten Organ vertretenen „Grundsätze“. Wir gestehen das zu unserer „Schande“ ein. Hoffentlich verfehlt uns die „kalte Hundeschauze“. Ob sie es mit einem freudigen oder zornigen Bauwan begleitet, bleibt uns Wurf, fürchterlich Wurf.

In Dortmund ist inzwischen der wilde Zimmererstreik ebenfalls zusammengebrochen. Auch dieser Schmerz noch.

Soll's so weiter gehen? In Breslau scheint, nachdem die Lohnbewegung beendet ist, ein neuer Kampf beginnen zu sollen, jedoch nicht zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern unter letzteren allein. Die sozialdemokratisch organisierten Maurer scheinen mit dem alten Tanz des Terrorisierens unserer Kollegen, der vor Jahren ja in Breslau eine bedeutende Rolle spielte, wieder beginnen zu wollen. In der letzten Zeit sind mehrere Fälle vorgekommen, die verdienen, der Öffentlichkeit mitzuteilen zu werden. An der Waggonfabrik in Döbbern, welcher Bau von der Firma Haerdtel-Breslau, ausgeführt wird, haben es die „Genossen“ nicht unterlassen können, mehrmals an unsere Kollegen heranzutreten, sich dem sozialdemokratischen Verbände anzuschließen. Es ist denn auch gelungen, einige zum Uebertritt zu bewegen. Ähnlich steht es an der Baustelle Brauerei Haase, die ebenfalls von der obengenannten Firma ausgeführt wird. Auch dort ist man in der letzten Zeit mehrmals mit diesem Anjumen an unsere Kollegen herangetreten. Man hat sogar zu den Kollegen gesagt, sie sollten doch lieber gar nicht organisiert sein, man wollte lieber mit Nichtorganisierten arbeiten, als mit Christlichen. Den Genossen scheinen also die Nichtorganisierten in Breslau lieber zu sein. An den genannten Baustellen sind einem unserer Kollegen die Kleider zerschneit worden, auf der anderen Stelle die Schuhe. Bis jetzt konnten die Namen der Täter nicht festgestellt werden, jedoch hat ein Genosse an der Brauerei Haase erklärt, falls der Kollege von uns in den roten Verband überitreten würde, würden sie ihm die Schuhe bezahlen resp. sie würden den Täter nennen. Man kriecht hieraus, mit welcher Scheußlichkeit die „Genossen“ in der augenblicklichen Zeit in Breslau vorgehen. Wir sind nun glücklich in den Besitz einiger Namen dieser Freiheitshehlen gekommen und werden Veranlassung nehmen, nach dieser Seite hin auf den Baustellen etwas Ordnung zu schaffen. Der Lokalbeamte Bachmann, der auf der Baustelle war, hat dieses Vorkommnis noch nicht einmal gerügt. Nachdem er telefonisch über die Vorkommnisse zur Rede gestellt wurde, gab er nur eine ausführliche Antwort. Man sollte bald annehmen, die sozialdemokratischen Beamten von Breslau wären mit diesem Vorgehen einverstanden, sonst könnte man doch zum mindesten verlangen, daß dieses mit aller Schärfe verboten würde. Die Vorkommnisse bei Verhinderung der Ausperrung haben ja auch zur Genüge gezeigt, welchen Einfluß die sozialdemokratischen Beamten auf ihre Mitglieder haben. Glücklicherweise sind wir im Besitz der kenographischen Berichte von diesen Sitzungen. Bisher ist es notwendig, davon noch einmal Gebrauch zu machen, um die Schandworte aus Papier zu bringen, die die Mitglieder ihrer Führer vorzuerzählen haben. Es ist dies die „Erziehungsaarbeit“ der sozialdemokratischen Organisation. Wir warten nun ab, ob die Gauleiter resp. die Lokalbeamten Änderungen schaffen wollen oder nicht. Sind sie dazu nicht imstande, so werden wir einen anderen Ort in Anspruch nehmen, wo wir jeden einzelnen zur Rechenschaft ziehen. Wir werden uns auf den Kampf stellen und alles tun, um unsere Kollegen in Schutz zu nehmen.

Wenn in der letzten Zeit seitens des Arbeitgeberverbandes ein Streikverbot erlassen wurde, wonach das Betreten der Baustellen verboten wird, so möchten wir bald annehmen, daß es

unter solchen Umständen, wenn die Baustelle dazu benützt wird, um christlich organisierte Arbeiter aus ihrer Organisation herauszuwickeln oder zu zwingen überzutreten, nicht mehr wie recht ist, wenn der Arbeitgeberbund in diesem Sinne vorgeht. Wir behalten uns vorläufig weitere Versicherungen vor, werden die Namen der einzelnen genau feststellen und zu gegebener Zeit ausführlich darüber berichten. Von unseren Kollegen aber verlangen wir, daß sie uns jeden einzelnen Fall sofort melden, ganz besonders die Namen der Betreffenden feststellen, damit wir weitere Schritte unternehmen können. Es ist jeden Abend von 7—9 Uhr ein Kollege im Bureau und sollen dort alle Vorkommnisse (Mauwittusplatz Nr. 411) gemeldet werden.

Die Unorganisierten müssen aus dem Vorgehen der „Genossen“ lernen und sich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands anschließen, der in Breslau schon eine ganz ansehnliche Mitgliederzahl hat. Es wird unter diesen Umständen und bei einer solchen Erziehung der sozialdemokratischen Organisation nur dahin führen, daß die Unorganisierten mehr und mehr an Boden gewinnen, es hat sich dies ja bereits gezeigt bei dem Zimmererverband, der stark im Abnehmen begriffen ist, wohingegen die freie Vereinigung sich gestärkt hat. Also nur so weiter.

Nischenausperrung in der Metallindustrie? Nach den neuesten Meldungen der Unternehmerpresse scheint die Ausperrung auf den Seeschiffswerften weitere Kreise zu ziehen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, Nr. 913 vom 20. August 1910, berichtet, daß der „Gesamtauschuß des Verbandes der Eisenindustriellen“ über die eventuelle Ausperrung von 300 000 Metallarbeitern Ende August in einer Sitzung beschließen sollte. Unten 22. August berichtet das Blatt nun:

„Der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in einer Sitzung in Berlin einstimmig beschlossen, die Seeschiffswerften in dem Kampf gegen die Forderungen ihrer Arbeiter zu unterstützen. Für die weitere Behandlung der Angelegenheit ist eine besondere Kommission eingesetzt worden.“

Solche Beschlüsse sind keine Leeren Drohungen, das haben die großen Ausperrungen der Vergangenheit in der Metallindustrie bewiesen. Für unser gesamtes Wirtschaftsleben stehen hiernach wieder gewaltige Erschütterungen bevor. Die Arbeiter der Metallindustrie, soweit sie bisher geglaubt haben, der Berufsorganisation fernbleiben zu können, werden hierbei am schwersten betroffen. Bei der diesjährigen Ausperrung in Hagen-Schwelm zeigte sich das schon für 18 000 Unorganisierte. Darum mögen die Metallarbeiter frühzeitig Schutz und Hilfe suchen durch den Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. Hier finden sie zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen einen starken Rückhalt.

Die Privatangestelltenverbände im Jahre 1909. Wie die Arbeiterorganisationen in Deutschland während der letzten zehn Jahre an Zahl der Mitglieder sehr stark zugenommen haben, so gewinnen auch die Organisationen der Privatangestellten eine immer größere Bedeutung. Für das vergangene Jahr haben 63 Privatangestelltenverbände mit 734 794 Mitgliedern Auskunft über ihre Organisationsverhältnisse gegeben. Da diesen Organisationen auch noch Mitglieder angehören, die jetzt selbstständig sind, so verringert sich die Zahl der Privatangestellten etwas. Insgesamt wurden 644 924 Privatangestellte in diesen Verbänden gezählt, das waren 88 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Im einzelnen wurden nach den oben veröffentlichen Uebersichten am 31. Dezember vergangenen Jahres gezählt: 20 kaufmännische Verbände mit 505 699 Mitgliedern und 432 923 Angestellten, 18 Technikerverbände mit 117 340 Mitgliedern und 112 410 Angestellten, 12 Bureaubeamtenverbände mit 21 709 Mitgliedern und 19 385 Angestellten, 6 Verbände landwirtschaftlicher Beamten mit 20 275 Mitgliedern und 15 128 Angestellten und 7 Verbände verschiedener Art mit 69 771 Mitgliedern und 65 078 Angestellten.

Wozu braucht man einen nationalliberalen Redakteur? Der Zeitungsverlag bringt folgende Offerte:

„Kostlicher Redakteur für ein nationalliberales Blatt zur Vertretung der Interessen der Grob-eisenindustrie und zur Förderung der Werkvereine zum eventuellen sofortigen Eintritt (spätestens 1. Oktober) gesucht. Gute Redner bevorzugt. Gehalt 5000 M. Ausführl. Bewerbungen unter K E 7657 an die Annoncen-Expedition Hub. Wofse, Saarbrücken.“

Diese Offerte spricht Bände. Die Vertretung der Interessen der Grob-eisenindustrie, das betrachten die Herren als selbstverständlich, um die der Arbeiter zu unterbinden, dafür gründet man Werkvereine, in die die sich Sträubenden mit Gewalt hineingepreßt werden. Ob ein nationalliberaler Redakteur sich dazu finden wird? Es wäre zu wünschen, daß sie es alle ablehnen würden, sich zu einer solchen Rolle erniedrigen zu lassen. Unheimlich handelt es sich um ein Saarbrücker Blatt und damit ist auch schon der Zusammenhang gegeben.

„Freie“ Gewerkschaften als Rekrutenschule der Sozialdemokratie. Gegenwärtig hat der Verband der in Buch- und Steinbruderereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands (Zahlfelle München) einen Fragebogen herausgegeben, der folgende Fragen enthält:

- „Sind Sie Mitglied der sozialdemokratischen Partei?“
- „Haben Sie das Heimat- und Bürgerrecht?“
- „Sind Sie Mitglied eines Heimat- und Bürgerrechtsvereins?“
- „Sind Sie Mitglied des Konjunkturvereins Sendling-München?“
- „Sind Sie Abonnent der „Münchener Post“?“
- „Sind Sie Abonnent einer anderen Zeitung und welcher?“
- „Welche Bedenken hielten Sie bisher ab, der Partei beizutreten?“
- „Warum und aus welchen Gründen sind Sie nicht Abonnent der „Münchener Post“?““

Daß die Beantwortung solcher Fragen für viele ziemlich kühnlich ist, versteht man. Aber mit Schimpfen und Zerreißen der Fragebogen (wie solches hier vorgekommen ist) kann man die Sache keineswegs ändern. Wollen die vielen Mitläufer — die heute noch sehr viel in den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorhanden sind — von derartigen Gesinnungs-Bergewaltigung verschont bleiben, dann bietet ihnen einzig und allein der Eintritt in die christlichen Gewerkschaften hierfür die notwendige Gewähr. Trotzdem werden die roten Agitatoren zweiter und dritter Güte auch ferner noch ihren „Neutralitätschwandel“ betreiben, wenn es gilt Bauernfang zu treiben. Hat doch erst kürzlich in einer öffentlichen Versammlung in Zimmern (Württemberg) ein Angestellter des sozialdemokratischen Malerverbandes auf den Vorhalt, daß sein Verband die sozialdemokratische Partei bei der letzten Reichstagswahl durch Verbandsgegner unterstützt habe, erklärt, daß „bei den vielen Mitgliedern und bei dem vielen Geld“ der Hauptvorstand so etwas tun könne, wenn er wolle. Deshalb sei sein Verband doch neutral. — Also doch „neutral“! Wirklich?

Wirtschaftliche Bewegung.

Geipert sind: Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers siehe); derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag umzusetzen. Hannover (Wachter), Sperre über die Firma Fuß und die hannoversche Bedachungs-

Gesellschaft, Cöln, gesperrt sind die Arbeiten des Zimmermeisters Kurbaum aus Bonn, Bonn a. Rh. (Sperre über die Firma Reuser), Düsseldorf, Sperre der Zimmerer über die Firma Reuser, Wilhelmshaven (Dachbeder), Sperre, Dorfum (Streit der Maurer), Lemmer (wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind die Rheinisch-Westfälischen Werke, Abteilung Lemmer, bis auf weiteres für Maurer gesperrt) Werther i. W., Lage i. L. und Marsberg (Streit), Greifen (Stukkateure). Bezug ist ferngehalten.

Bezirk Cöln.

Udenrad, 20. August. (Taxifabrich) Unser Tarifvertrag, der im Jahre 1907 nach fünfjährigem Kampfe mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen wurde, lief ebenfalls am 31. März d. J. ab. Schon frühzeitig wurde zur Erneuerung Stellung genommen. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden großen Kampf wurde im März beschlossen, vorläufig keine Forderungen zu stellen und abzuwarten, ob die Unternehmern auch in Udenrad aussperrn würden. Der Bezirksleiter wurde während der großen Aussperrung bei den einzelnen Unternehmern vorstellig. Mehrere erklärten, einen Vertrag schließen zu wollen, jedoch nicht früher, als bis die große Tarifbewegung beendet sei, sie wollten dem Arbeitgeberverband nicht in die Rücken fallen. Nachdem die Bewegung beendet, wurden Forderungen den einzelnen Unternehmern und dem Arbeitgeberverbande eingereicht. Ein eigentümliches Verhalten nahm der Arbeitgeberverband und die Scharfmacher Groth und Lin an den Tag. Um bei im Dresdener Schiedsspruch vorgesehene Lohnverhöhung auszuweichen, antwortete der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, der Arbeitgeberverband existiere nicht mehr. Dieses erlaubte sich die Leitung, trotzdem der Udenrad Arbeitgeberverband im offiziellen Verzeichnis des Deutschen Arbeitgeberbundes f. d. V. aufgeführt ist und vom Direktor des Vereins der Arbeitgeberverbände f. d. V. in Rheinland und Westfalen, Schmiedehaus, für den Arbeitgeberverband Udenrad nach in Koblenz verhandelt wurde und auch Vertreter am Udenrad in Koblenz anwesend waren. Die übrigen Unternehmern erklärten denn auch, daß ihnen von der Auflösung des Arbeitgeberverbandes nichts bekannt sei und beizutreten die Antwort des Vorsitzenden als befremdend. Nachdem der Arbeitgeberverband versagte, wurde der Bezirksleiter Kollege Lang bei den einzelnen Unternehmern vorstellig und erreichte bei den Hauptgeschäftlichen eine Lohnverhöhung von 5 Pf. gemäß dem Dresdener Schiedsspruch. Die Kollegen stimmten dem Resultat einstimmig zu und wurde mit diesen Firmen der Vertrag abgeschlossen. Der Hauptinhalt des Vertrages ist: Geltungszeit Stadt und Land, Arbeitszeit: 10 Stunden, vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug der Mindeststundenlohn beträgt ab 1. August 1911 für Maurer 44 Pf., für Hilfsarbeiter 34 Pf., ab 1. April 1910 für Maurer 46 Pf., für Hilfsarbeiter 36 Pf., ab 1. April 1912 bis 15. Mai 1913 für Maurer 48 Pf., für Hilfsarbeiter 38 Pf. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Nacharbeit mit 50 Prozent und Sonntagarbeit mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten wird das Fahrgehalt und bei Uebernachten das Logis vergütet. Lohnzahlung findet alle 14 Tage statt. Die Rüchigung beträgt 6 Tage. Maßregelungen wegen der Tätigkeit für die Organisation dürfen nicht stattfinden. Der Vertrag gilt bis zum 15. Mai 1913. Der Vertrag bringt die Verhältnisse in Udenrad wieder bedeutend empor. Ca. 1907 sind die Kollegen organisiert. Die Verhältnisse lagen damals sehr dauteder. Bei 11stündiger Arbeitszeit wurden für Maurer 3—3,50 M. gezahlt. Die Hilfsarbeiter hatten 2—2,50 M. Der Mehrerdienst, den die Kollegen durch unsere Organisation erzielt haben, beträgt also in fünf Jahren 1,10—1,20 M. pro Tag, sowohl für Maurer als auch für Hilfsarbeiter, dazu eine geregelte Arbeitszeit von 10 Stunden. Die Scharfmacherfirma Groth u. Lin, die die organisierten Kollegen am 15. April aussperrte, kränkt sich hartnäckig den Vertrag anzuerkennen. Es muß daher jeder Kollege alles aufbieten, damit die Kollegen, die bei den „Südden“ arbeiten, sich organisieren. Sobald die Firma etwas in Arbeit setzt, muß sie zur Anerkennung des Vertrages gezwungen werden. Auch die Durchführung des Vertrages mit der jährlich steigenden Lohnverhöhung bedingt, daß alle Kollegen organisiert sind. Daher, Kollegen dahin gewirkt, daß es in der Zukunft in Udenrad keine unorganisierten Bauarbeiter mehr gibt. Alle nehmen an dem Erfolge teil, daher müssen auch alle organisiert sein. Wer ernten will, muß säen.

Bierfen. Für das hiesige Stuckgewerbe ist ein Tarifvertrag bis 31. März 1913 abgeschlossen worden. Bisher hat noch kein Vertrag bestanden. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgelegt. Die gegenwärtigen Löhne werden sofort um einen Pfennig erhöht. Vom 1. Oktober ab sind Einheitslöhne festgelegt; dieselben betragen für Stukkateure 57 Pf., vom 1. April 1911 ab 58 Pf., vom 1. April 1912 ab 60 Pf. Der Lohn für Pließerer beträgt vom 1. Oktober ab 52 Pf., vom 1. April 1911 ab 53 Pf. und 1912 ab 54 Pf. Die bisherige Durchschnittslöhne betragen für Stukkateure 5,04 M., für Pließerer 4,24 M. Bis 1. April 1912 tritt eine durchschnittliche Lohnsteigerung ein für Stukkateure von 0,96 M., für Pließerer von 1,16 M. pro Arbeitstag. Für Ueberstunden werden 15 Pf., Nacharbeit 50 Prozent, Sonntagarbeit 100 Prozent Zuschlag gezahlt. Bei Arbeiten außerhalb des Wohnortes des Aufstellers werden sowohl Fahrgehalt wie Fahrzeit vergütet. Für Mittagessen bei auswärtigen Arbeiten werden 60 Pf. vergütet. In den übrigen Punkten paßt sich der Vertrag den im Baugewerbe vorhandenen an. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als diese Einigung ohne Kampf erfolgt ist. Die Kollegen sind sämtlich in unserer Organisation. Einige radikale Genossen versuchten aus Verärgerung, weil sie hier keine Mitglieder haben, in der Versammlung Stimmung zu machen für Ablehnung des Vertrages. Interessant war dabei, daß einer dieser Radikalmisdehler selbst erklärte, daß er bei hiesigen Arbeitgebern für 48 Pf. 90 arbeitet habe. Die Steigerung bis 60 Pf. Stundenlohn innerhalb 1½ Jahren nannten die Genossen eine „Mießerlage“. Wenn der rote Stukkateurverband noch mehrere solcher Leute in seinen Reihen hat, so sind wir nicht neidisch darum. Die Kollegen wissen, was sie erreicht haben und haben den Wert der christlichen Organisation schon lange erkannt.

Bezirk Münster.

Horlmars. Hier stehen die Kollegen seit 14 Tagen im Streit und ist ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen. Es wurden 8 Pf. Lohnverhöhung in 3 Jahren gefordert, somit die Verkürzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden. Das lehnte der Unternehmer Lude ab und bot erst 1 Pf., schließlich 3 Pf. die Stunde während der Vertragszeit. Das lehnten die Kollegen als zu geringes Zugeständnis ab und traten in den Streit. Nun ging Herr Lude auf die Suche nach Arbeitwilligen; in den Tageszeitungen suchte er tüchtige unorganisierte Maurer! Nun hat er auch drei solche „müßiger“ Elemente aus Münster gefunden; einer, namens Meher, schimpft sich Pließer. Die Qualität dieser Leute ist leicht herauszufinden, wenn man beachtet, daß in Münster selbst noch immer Maurer usw. verlangt werden für einen Lohn von 52 Pf. die Stunde, in Horlmars dagegen nur 40 Pf. bezahlt wurden. Solche „müßiger“ Maurer werden jedenfalls für ihr schändliches Treiben bedeutend besser entlohnt, als wie die ansässigen Kollegen, deren bestehende Forderungen man ablehnte, denn sonst würden sie ihre „hörsbare“ Arbeitskraft Herrn Lude nicht zur Verfügung stellen. Wir gönnen demselben diese Leute, hoffentlich macht

er ein gutes Geschäft dabei. Unsere Kollegen haben größtenteils anderweitig Arbeit gefunden und warten nun, bis der Unternehmer anderen Sinnes wird.

In **Münch** reichen unsere Kollegen in den Geschäften Maas und Debohr u. Bogunga Forderungen ein, wonach 6 Pf. Lohnerhöhung und einige andere Verbesserungen verlangt wurden. Mit Herrn Maas fanden darauf Verhandlungen statt, in denen auch eine Entlohnung erzielt wurde. 5 Pf. Lohnerhöhung in mehreren Staffeln wurden zugestimmt, sowie eine Zulage von 6 Pf. für Kesselreinigen, ferner ein den gesundheitlichen Verhältnissen entsprechender Unterkunftsraum nebst heizbarem Ofen in den Wintermonaten, sowie das ständige Vorhandensein eines Verbandskastens mit Verbandszeug. Das Geschäft Debohr u. Bogunga lehnte Verhandlungen ab; als Antwort auf die Forderungen wurden zwei Kollegen entlassen, darauf legten die übrigen Arbeiter ebenfalls die Arbeit nieder. Bei zäher Ausdauer wird es wohl gelingen, dieselbe Lohnsteigerung zu erzielen wie im erstgenannten Geschäft.

Berlin

Nachdem nun die Tarifverträge für die in Betracht kommenden Orte abgeschlossen sind, hätte man glauben sollen, daß sich die Arbeitgeber auch strikte an die getroffenen Vereinbarungen halten. Aber die Tarifstreue scheint noch nicht bei allen eingehaft zu sein.

In **Schroda**, wo der Lohn auf 40-42 Pf. festgesetzt ist, glaubt der Unternehmer Schmidt, für ihn gelte der Vertrag nicht und weigert sich, die Zulage von einem Pfennig zu zahlen. Die Unternehmer Fischer in **Brick** und **Muschinski** in **Kurort** ignorieren auf dieselbe Weise den Vertrag. Die Arbeitgeber von **Garotchin**, welche sich ebenfalls an der Ausperrung beteiligten, lehnen es überhaupt ab, einen Vertrag abzuschließen. Alle Versuche unsererseits den Abschluß zu tätigen, sind gescheitert. Es wird zwar erklärt, der Tariflohn solle gezahlt werden, aber einen Vertragsschluß gibt es unter keinen Umständen. Was die Herren mit einem solchen Vorgehen, welches in Widerspruch steht mit den von den Organisationsleitungen getroffenen Vereinbarungen, bezwecken wollen, ist ohne weiteres erkenntlich. Die Einheitslöhne, die jetzt bestehen, sollen anscheinend durch das Willkürsystem klassifiziert werden, um sie eventuell bei späteren Vertragsabschlüssen festzulegen. Oder handelt es sich um einen Machtwort für die vorjährige Lohnbewegung? Das wäre bezeichnend für den „sozialen Geist“, der in den fraglichen Arbeitgeberkreisen herrscht. Der Arbeitgeberbund, der als Vertragskontrahent die Durchführung der Verträge gewährleisten soll, hätte seine Mitglieder schon längst auf die Erfüllung ihrer Pflichten hinwirken sollen, aber wie es scheint, ist er machtlos. Es wird nun unsere Aufgabe sein, wenn die zuständigen Instanzen gesprochen haben, Mittel und Wege zu finden, um den getroffenen Vereinbarungen Anerkennung zu verschaffen. An unsere Mitglieder, besonders an die Jarotshiner, richten wir die Mahnung, daß sie unablässig bemüht sein mögen, auf die Stärkung unserer Macht hinzuwirken, denn die Durchführung der Verträge beruht doch letzten Endes nur auf starken disziplinierten Organisationen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 11. September der achtundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Maurer.

Aachen. Nachdem der große Vernichtungskampf im Baugewerbe vorüber ist, haben wir für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einen neuen Tarif erhalten, der für alle eine Lohnerhöhung von 5 Pf. gebracht hat. Da sollte man nun glauben, jetzt sähen die Kollegen alle ein, wie notwendig und nützlich eine starke Organisation ist. Der neue, mit schweren Opfern errungene Tarif wird aber nur den Kollegen Segen bringen, wenn derselbe mit dem nötigen Nachdruck und Hilfe aller durchgeführt wird. Das soll nun und muß geschehen. Dazu ist aber unbedingt die Einigkeit und Geschlossenheit notwendig. Die Organisierten sollen jetzt die Pionierarbeit leisten und die Unorganisierten aufrütteln und aufklären über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Leider muß man auf den Arbeitsstellen öfters eine unberechtigte Aengstlichkeit der Kollegen beobachten. Man glaubt vor den Unorganisierten nicht sicher zu sein, weil diese mehr mit den Unternehmern und Polieren liebäugeln, als mit ihren Arbeitskollegen. Wir haben die Zeit vorübergehen lassen, wo wir die Organisation hätten ausbauen sollen. Die Kollegen, die uns heute fernstehen, schädigen sich selbst, die gesamte Arbeiterschaft und auch das ganze Gewerbe, weil sie nicht den Tarif mitdurchführen und durch niedrigere Löhne der Schmutzkonkurrenz Tür und Tor öffnen. Wir müssen es doch nun endlich als unsere Ehre ansehen, die unwissende und stumpe Arbeiterschaft aufzuklären, selbst wenn es schwer fallen sollte. Wo soll es sonst hinführen, wenn das so weitergeht, wir gehen alle dem Verderben entgegen. Die mühsam errungenen Erfolge werden verloren gehen, wenn nicht bald ein anderer Geist unter uns einzieht. Statt zu agitieren, die Unorganisierten aufzuklären und der Organisation zuzuführen, wird in unnötigen Diskussionen über die getroffenen Maßnahmen des Verbandstags geschimpft. Soll denn unter uns hier in Aachen die Einsicht und Erkenntnis für die Notwendigkeit der Maßnahmen nicht auch vorhanden sein, wie bei den Kollegen anderer Städte? Sind nicht die Kollegen anderer Städte und Orte bezüglich Beitragsleistung schon jahrelang uns mit gutem Beispiel vorgegangen? Dazu kommt, daß die Organisation durch die Opfer der Kollegen anderer Städte für Aachen außerordentliche Mittel zur Verfügung stellen konnte, um unsere Lage hier zu bessern. Der hinter uns liegende Kampf, der hauptsächlich zur Vernichtung unserer Organisation inszeniert wurde, macht nun einmal außerordentliche Opfer notwendig. Gerade durch diese Maßnahmen war es möglich, den Sieg zu erringen und einen Tarif zu erhalten, der die persönliche Freiheit der Kollegen wahrte und eine Lohnerhöhung, statt eine Lohnreduzierung brachte. Das sollten unsere Kollegen doch einmal ernstlich bedenken. Was soll und muß nun geschehen? Kollegen, wir müssen uns alle, wenn der Ruf an uns ergeht, bereit erklären, mitzuhelfen, den Vertrauensmänner-Apparat auszubauen und nicht einzelne arbeiten lassen. Alsdann sind Baudelegierte auf den Arbeitsstellen zu wählen. Eine Hauptaufgabe ist es, die Kollegen, die für uns arbeiten, zu unterstützen und ihnen zur Seite zu stehen. Dann sollte ein mehr kameradschaft-

liches und brüderliches Leben untereinander geführt werden. Wenn eine Versammlung stattfindet, müssen wir versuchen, den letzten Kollegen dorthin zu bringen, damit alle über das Notwendigste aufgeklärt werden. Darum, Kollegen, greifen wir alle mutig zu, helfen wir alle mit, damit alle dem Verbandszugeführt werden. Dann werden wir besseren Zeiten entgegengehen, zum Nutzen unser aller. Schließt euch alle dem Verbandschristlicher Bauarbeiter an und bezahlt dort lieber den Beitrag, anstatt das Dreifache in die Taschen der Unternehmer fließen zu lassen.

Jülich. Nach einigen Versammlungen haben wir es so weit gebracht, auch hier eine Zählstelle zu gründen, welche jetzt schon auf 30 Mann gestiegen ist und noch immer mehr wächst. Das können wir nur allein dem Kollegen Hildebrand verdanken bzw. seiner Tätigkeit. Allen Kollegen, welche noch nicht der Organisation angehören, sei geraten, sich so schnell wie möglich anzuschließen und der christlichen Gewerkschaft anzuschließen. Zum Vorsitzenden wurde **Vius Diehl**, als Kassierer **Peter Schlingelmann** und als Hauskassierer **Jakob Gödel** gewählt. Alle versprochen, ihre Kosten prompt zu versehen.

Julda. Nach längerem Bemühen können wir berichten, daß die Ortsgruppe Julda des Arbeitgeberverbandes sich dem Dreesdener Schiedsgericht in puncto „Lohnzahlung“ bis auf einen Unternehmer nebst einigen Ausnahmen gefügt hat. Bei den letztgenannten arbeiten die sogenannten „Höhlentüchtigen“, welche es ablehnen, sich zu organisieren. Wahrscheinlich im Interesse des Arbeitgebers. Es hat schwer gehalten, die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit zur Anerkennung des Schiedsgerichtes zu bewegen. Erst nach mehrmaligem Vorfeststellen der Ortsverwaltung wie der Bezirksleitung sowie einigen Klagen am Gewerbegericht wurden die Herren eines Besseren belehrt. Mit der Kündigung bei Beginn der Ausperrung waren sie besser bei der Hand. Verschiedene wollten von dem Schiedsgericht keine Kenntnis haben, obwohl sie doch dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband angehören. Nach den Aussagen einiger Herren scheint ihnen jedes Verständnis für Tarifverträge abzugehen. Sie berufen sich sonderbarerweise auf das Bürgerliche Gesetzbuch, sowie daß der Lohn der freien Vereinbarung unterliege und sie mit der Organisation nichts zu tun hätten; sie hätten den Tarifvertrag nicht unterzeichnet und brauchen daher auch den Lohn nicht zu zahlen. Ein Arbeitgeber erklärte, sie hätten mit dem Schiedsgericht gar nichts zu tun, Herr Diehl hätte diese Dummheit begangen, der sollte uns nun auch den Lohn bezahlen. Drei Unternehmer haben ihre Mitglieder zum Arbeitgeberverband gekündigt, sie glauben damit wieder freie Hand zu bekommen, um die Arbeiter nach Willkür bezahlen zu können. Die Herren werden die Erfahrung machen müssen, daß ihnen auch das nichts nützt. Allerhand Ausflüchte werden ins Feld geführt, die hiesigen Kollegen sollen minderwertig sein, ja sogar wird die billige Sklaverei vorgeschoben. Unsere Kollegen haben hier noch ein kräftiges Stück Arbeit zu leisten, um die Unternehmer mehr wie je von der Wirkung der Tarifverträge zu überzeugen. Vor allem müssen unsere Kollegen fest zupacken, und keine Unorganisierten an ihrer Seite dulden, mögen dieses Maurer oder Hilfsarbeiter oder andere Berufs sein. Nur so werden wir uns den im Schiedsgericht festgesetzten Lohn sichern. Befamlich beträgt die Erhöhung für das kommende Jahr 2 Pf. Mögen darum die Kollegen eine eifrige Werbearbeit betreiben und strammes Soldatentum befehlen. Nur durch Einigkeit in den eigenen Reihen können wir die tarifstreuen Unternehmer dazu zwingen, das vertraglich festgesetzte allen Kollegen zu gewähren.

Helmstedt. Nachdem sich in diesem Frühjahr hier eine vermehrte Arbeitslosigkeit bemerkbar machte und infolge der Ausperrung zahlreiche abgereiste Kollegen wieder hier eintrafen, konnten wir dazu übergehen, eine Zählstelle der christlich organisierten Bauhandwerker zu gründen. Auch nach der Abreise der Ausgesperrten entwickelte sich unsere Zählstelle zu aller Freude gut. So war es uns nun am Sonntag, den 21. August vergönnt, unsern Bezirksleiter, den Kollegen **Zumbrodt**, hier zu begrüßen. Derselbe behandelte in längerer Rede die letzte große Ausperrung und ihre merkwürdigen Begleiterscheinungen. Er erklärte dann in Kürze die Verbesserungen des neuen Tarifs und forderte die Kollegen auf, eifrig zu agitieren, damit es in Zukunft auch in unserer Gegend einmal besser werde. In der darauf folgenden Diskussion gab der Kollege noch verschiedene von ihm gewünschte Aufklärungen.

Jülich, 26. August. Befamlich hielt der hiesige Arbeitgeberverband bei der Tarifbewegung in 1908 krampfhaft daran fest, daß auch Jülich in den Bezirksvertrag von Rheinland und Westfalen einbezogen wurde. Es gelang nach längerem Einreden durch den Bezirksleiter und die Kommissionsmitglieder den Lohn um 2 Pf. für Maurer und Hilfsarbeiter zu erhöhen. Diese Errungenschaft ist indes durch das unverständige indifferente Verhalten der Kollegen illusorisch gemacht. Als die Jülicher Unternehmer auf Drängen der Bezirksleitung von der Geschäftsleitung des Rheinischen Arbeitgeberverbandes zur Zahlung des Tariflohnes aufgefordert wurden, verzichteten die Indifferenten freiwillig auf den erhöhten Lohn. Jetzt ist nun der Tarif wieder erucit. Durch den Dreesdener Schiedspruch muß auch in Jülich der Lohn um 5 Pf. erhöht werden. Damit steigt der Lohn für Maurer und Pfisterer in diesem Jahre auf 43 Pf., 1912 auf 45 Pf. und 1913 auf 47 Pf.; die Hilfsarbeiter erhalten 10 Pf. weniger. Die Unternehmer lehnen sich an den Vertrag nicht. Die Mehrheit der Kollegen erhält 40 bzw. 30 Pf. Die organisierten Kollegen sind zu schwach, den Vertrag durchzusetzen, trotzdem diese meistens den Tariflohn und mehr erhalten, treten sie für die Organisation und den Tarif ein. Die Indifferenten legen eine Kurzsichtigkeit und Feigheit an den Tag, die jeder Beschreibung spottet. Einer trauf dem andern nicht. So kommt es dann, daß sich alle pro Tag um 30 bis 50 Pf. schädigen. Sollte es nicht gelingen die Indifferenten zu gewinnen, dann beträgt der Schaden für jeden in nächsten Jahre pro Tag mindestens 50 Pf. und 1912 70 Pf. Das macht bei 240 Arbeitstagen 1911 120 M und 1912 sogar 168 M aus. Das kann niemand seiner Familie gegenüber verantworten. Die Kurzsichtigkeit geht tatsächlich so weit, daß sie lieber diesen gewaltigen Schaden leiden, als sich ermannen und einige Groschen in die Organisation zahlen. Für die organisierten Kollegen ist dieser Zustand sehr ärgerlich, doch ist es in der letzten Zeit gelungen, einige Kollegen zu gewinnen. Endlich wird und muß die Rüttschichtigkeit aufhören. Einen aufgeklärten Arbeiter kann die Angst der Entlassung nicht befallen, da er weiß, daß ohne Arbeiter der Unternehmer keinen Bau ausführen kann. Diese Erkenntnis kommt den Kollegen immer mehr. Hoffentlich gelingt es diesen Herbst und Winter die Mehrheit der Kollegen zu organisieren, damit wir wenigstens nächstes Jahr den Tarif durchzuführen können.

Kattowitz. Am Sonntag, den 14. August, fand in Kattowitz eine Konferenz statt, die von 70 Kollegen besucht war. Kollege **Beder** hielt einen Vortrag: Die Ausperrung im Baugewerbe und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft. Neben ihm traten die Kollegen, wie die Unternehmer seit Jahren darauf hinarbeiteten, um alle Tarifverträge an einem Termin zum Ablauf zu bringen. Schon 1908 wollte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe sein Ziel erreichen und als ihm dieses nicht gelang, wurde der 1. April das Datum, an dem fast alle geschlossenen Verträge ihr Ende erreichten. So sei der Kampf seit Jahren vorbereitet und die Prospektive des Arbeitgeberverbandes von Berlin beständige die Ansicht, daß die Scharfmacher im Arbeitgeberbund den Kampf gewollt hätten. Kollege **Beder** sprach dann den Verlauf des Kampfes; sein Ende bedeutete für die Arbeiterschaft einen Sieg. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, sich bemüht zu sein,

daß die Erfolge hier im Bezirk der Organisation zu verankert seien und deshalb müsse auch in Zukunft treu zur Organisation gehalten werden. An den mit Beifall aufgenommenen Vorträgen schloß sich eine reg. Diskussion. Von einigen Rednern wurde das arbeitgeberfeindliche Verhalten der katholischen Fachabteilungen „Sitz Berlin“ bei allen Lohnbewegungen gekennzeichnet. So hat „Sitz Berlin“ in Oppeln die Arbeiter des Baugewerbes bereits dreimal schwer geschädigt. Bei jeder Bewegung steuert diese Gesellschaft die Streikbrecher und sucht so zu verhindern, daß die Arbeiter einen Erfolg erringen; nach dem Kampf dann kommt „Sitz Berlin“ und legt der Arbeiterschaft vor, die Fachabteilungen hätten einen großen „Erfolg“ errungen. Ebenfalls wurde es in Reife gemacht. Kollege **Schwarz** hielt dann einen Vortrag: Der Stand der Bewegung und unsere nächsten Aufgaben. Redner konnte berichten, daß die Mitgliedszahl, die 1909 am 1. Juli 1150 betrug, nunmehr auf 2100 gestiegen sei. Das bedeute gewiß einen Erfolg, unsere Aufgabe müsse nun sein, den Verband so auszubauen, daß er auch in sich selbst fest gestügt sei. Die erforderlichen Maßnahmen für die Reorganisation des Verbandes im hiesigen Bezirk wurden vom Referenten eingehend besprochen und dann der Antrag gestellt, nachstehende Anträge anzunehmen. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig beschlossen: 1. Alle Zählstellen, deren Mitglieder im oberbischöflichen Industriegebiet arbeiten, bitten zusammen die Verwaltungsstelle Kattowitz. Die Verwaltungsstelle wird geleitet durch einen Vorstand und einen Ausschuss. Jede Zählstelle bis zu 100 Mitglieder wählt einen Kollegen in den Ausschuss; Zählstellen mit mehr als 100 Mitgliedern wählen für jedes angefangene Hundert ein Ausschussmitglied hinzu. Der Ausschuss wählt den Vorstand. 2. Alle Zählstellen beziehen das Material von dem Kassierer der Verwaltungsstelle und rechnen auch mit diesem ab. Den Zählstellen verbleiben von der Einnahme 10 Prozent; die übrigen 5 Prozent und die Zuschlagsanteile wird mit der Verwaltungsstelle verrechnet. Der Winterbeitrag wird auf 1,20 M festgesetzt, hiervon verbleiben der Zählstelle 30 Pf. Der Betrag von 1 M wird an die Verwaltungsstelle abgeliefert. 3. Die Hauskassierer sollen mindestens alle 14 Tage mit dem Zählstellenkassierer abrechnen. Diese sollen alle vier Wochen die einflussreichen Gelder einschicken und spätestens bis zum 15. des Monats nach Quartalschluß die Abrechnung einreichen. Kollege **Golla** ermahnte die Kollegen, nun auch so zu handeln, wie beschlossen worden. Er habe wiederholt festgestellt, daß die Abrechnung nicht richtig und zu spät eingehandelt wurde. Kollege **Schwarz** sprach hierauf noch ein kurzes Schlusswort, in dem er folgendes ansführte: Kollegen, unsere Mitgliederzahl hat 2000 überschritten; trotz großer Schwierigkeiten sind wir vorwärts gekommen. Was viele Mühe und Arbeit nicht vermochte, das wurde durch zwei Ausperrungen erreicht, die Unternehmer haben ungewollt uns mitgeholfen. Nun gilt es, die Organisation auszubauen und nach innen zu festigen, damit sie allen Stürmen Trotz bieten kann. Auf der Konferenz hat bei allen Vertrauensleuten Einmütigkeit darüber bestanden, daß alle Kräfte angepannt werden müssen, um den Verband zu stärken durch neue Mitglieder. Der Kampf, der hinter uns liegt, hat viel Geld gekostet, in den nächsten drei Jahren muß soviel Geld aufgebracht werden, daß die Unternehmer im Jahre 1913 vor einem Kampf zurückschrecken. Mögen nun auch alle Kollegen eifrig zusammen arbeiten; hier an der Grenze dreier Reiche, wo die Arbeiterschaft noch schwer bedrückt wird, kann nur die Organisation helfen. Manche Schwierigkeit werden uns die Gegner noch bereiten, diese zu überwinden ist unsere Aufgabe. Nach beratigen Erfolgen, wie wir sie im hiesigen Bezirk zu verzeichnen haben, liegt kein Grund vor, beängstigend in die Zukunft zu blicken. Darum vorwärts! Aufwärts! Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Bezirk Königsberg. Am 28., 29. und 30. August fand in den Verwaltungsstellen Heilsberg, Königsberg und Allenstein gut besuchte Mitgliederversammlungen statt. Unser Verbandsredakteur Kollege **Beder** referierte in allen drei Versammlungen über das Thema: „Gewerkschaftliche Pflichten“. Im ersten Teil der Vorträge behandelte Redner den Ausgang des Kampfes im Baugewerbe, daran anschließend, welche Pflichten in Zukunft unsere Kollegen zu erfüllen hätten, wenn sie dasjenige, was uns in der kommenden Zeit bevorsteht, mit offenem Bistier verfolgen wollen. Folgende Leitätze legte der Referent seinen Ausführungen zugrunde: 1. Gewerkschaftliche Disziplin, denn diese sei die Vorbedingung für eine organisierte Arbeiterschaft, wenn sie diejenigen Aufgaben lösen wolle, welche uns bevorstehen; 2. Opferwilligkeit müsse jeder Kollege zeigen, denn nur durch eine starke Zentralkasse wäre es möglich, solche großen Kämpfen, wie der eben beendigte es war, in der Zukunft ruhig entgegengehen zu können. Eine Arbeiterschaft, welche für ihren Stand, ihre Bewegung keine Opfer bringen wolle, sei auch nicht wert, Erfolge zu erzielen. Darum müsse 3. auch mehr wie bisher von den einzelnen Kollegen die Agitation betrieben werden. Massen und immer wieder Massen müssen unserer Bewegung zugeführt werden, denn wer ernten wolle, solle auch mit säen helfen. Derjenige, welcher anfänglich nicht mit dem Herzen bei der Organisation sein wolle, sollte wenigstens mit dem Geldbeutel dabei sein und mit dazu beitragen, wovon er die Vorteile ziehen wolle. Darum, so schloß Redner seine mit starkem Beifall gemachten Ausführungen, die Parole muß für die Zukunft heißen: Disziplin und Opferwilligkeit, Agitation und Organisation; wenn alle Kollegen die vier Grundsätze beherzigen, so brauche uns für die Zukunft nicht bange zu sein. Die Diskussion war zum Teil sehr reger. Kollege **Schönknecht** unterstrich die einzelnen Ausführungen je nach den örtlichen Verhältnissen und forderte die Kollegen zu reger Mitarbeit für unseren Verband auf. Mit einem kräftigen Hoch auf das Wachstum, Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaftsbewegung fanden die schon verlaufenen Versammlungen ihren Abschluß. Mögen sie zur Stärkung unser Organisation hier im fernem Osten beitragen.

Bezirk Münden. Sonntag, der 24. Juli, fand in Augsburg in der „Goldenen Glode“ eine Bezirkskonferenz statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Bezirksleiters, 2. Bericht der Delegierten, 3. Unsere zukünftigen Aufgaben, 4. Anträge und Beschlüsse, 5. Wahl des Bezirksausschusses. Vertreter des Zentralverbandes war Kollege **Schmidt-Berlin**. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Augsburgs war durch die Kollegen **Geier** und **Schmitt** vertreten. Die im Bezirk vorhandenen 20 Verwaltungsstellen, die sich aus 43 Zählstellen resp. Orten zusammensetzen, waren mit 25 Delegierten vertreten. Kollege **Jakob-Augsburg** begrüßte im Namen unserer Augsburgischer Verwaltungsstelle und Kollege **Schmitt** namens des Augsburger Ortskartells die Delegierten und Vertreter des Zentral- und Bezirksverbandes. In das Bureau sind die Kollegen **Bründer-Münden** und **Jakob-Augsburg** als Vorsitzende und Kollege **Wetz-Dillingen** als Schriftführer gewählt worden. Aus der Berichterstattung des Bezirksleiters Bründer war zu entnehmen, daß das Resultat der neulichsten Ausperrung gerade das Gegenteil hervorgerufen hat, was der Arbeitgeberbund bezweckte. Der Dreesdener Schiedspruch enthält wohl manche Härten für verschiedene Orte, aber für mehrere Orte Südbayerns birgt er Vorteile, die durch Führung totaler Bewegungen in der Vertragsperiode 1910/13 nicht erreicht worden wären. Fürwahr ein Erfolg, der des Kampfes wert ist.

Die durch die Ausperrung notwendig gewordenen außerordentlichen Maßnahmen (Zuschlagsbeiträge) haben in einigen Orten unseren Mitgliederstand ungenügend beeinträchtigt, es bleibt jedoch zu erwarten, daß dabei Verlorene bald wieder zu bekommen. Bedauerlich bleiben diese Zwischenfälle immerhin, und sie beweisen unabweisbar die ungenügende Vertiefung in die gewerkschaftlichen Grundsätze.

Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1910: 987, am 1. April 1910: 1078, am 1. Juli 1910: 995. Die Mitgliederzahl für das zweite Quartal ist nur eine vorläufige,

da während der Ausperrung viele unserer Mitglieder in der Landwirtschaft Arbeit angenommen haben, die erst nach Beendigung der Erntezeit wieder an ihre alten Arbeitsstätten zurückkehren. Die Fluktuation ist in einzelnen Orten sehr stark. Im Jahr 1909 stehen den 595 Neuaufnahmen und 46 Zugeworbenen ein Abgang von 484 gegenüber. In diesem unheilvollen Zustand sind die teilweise mangelhafte Hausfütterung und das ungenügende Vertrauensmänner- und Baulegeleitensystem schuld. Eine Verbesserung in dieser Beziehung tut not.

Die Zahl der verkauften Eintrittsmarken betrug 1909: 466 (1908: 346), der Wochenbeitragsmarken (einschließlich Arbeitslosenmarken) 84 101 (28 100) Stück. Die hierdurch erzielten Einnahmen betragen 1909: 13 376,60 M (1908: 11 958,70 M).

Die Einnahmen der Bezirkskasse betragen für das Jahr 1909: 1464,27 M, für 1909: 1740,46 M. Die Gesamteinnahmen betragen sich auf 3866,83 M, die Ausgaben betragen insgesamt 587,40 M, so daß ein Kassenbestand von 3279,43 M am Jahres-schluß 1909 vorhanden ist.

Das Fazit aus der Mitgliederbewegung, der Finanzgebarung und dem Ausgang der Ausperrung ist: Vorwärts trotz alledem. In der sich daran anschließenden Berichterstattung der Delegierten wurden die vorstehenden Ausführungen noch zum Teil interessant ergänzt.

Den dritten Punkt: „Unsere zukünftigen Aufgaben“ behandelte Kollege Schmidt-Berlin. Derselbe beleuchtete nochmals die marantesten Punkte und Ziele der Ausperrung. Um all die Stürme von rechts und links parieren zu können, müssen wir unablässig bestrebt sein, unseren Mitgliederstand zu erweitern, das Vertrauensmänner- und Baulegeleitensystem weiter auszubauen und unsere finanzielle Stützkräft durch erhöhte Opferwilligkeit bedeutend zu stärken. Nur so wird es möglich sein, unseren Verband zu einem Volkswerk zur Wahrung unserer materiellen Interessen auszubauen. Reicher Beifall wurde ihm gezollt.

Zu Punkt 4 waren von den Verwaltungsstellen München und Augsburg Urträge eingebracht zur Freistellung eines zweiten Kollegen im Bezirk mit dem Sitz in einem der beiden Orte. Ueber die Notwendigkeit der Anstellung der zweiten Kraft bestand Einstimmigkeit, nur nicht über dessen Sitz. Zur Klärung der letzteren Frage wurde eine Kommission, bestehend aus je zwei Kollegen von den Verwaltungsstellen München und Augsburg unter Mitwirkung eines Zentralvorstandsmitgliedes und der Bezirksleitung eingesetzt. Ein weiterer Antrag von der Bezirksleitung, daß während der drei beitragsfreien Monate Dezember, Januar und März von jedem im Bezirk München vorhandenen Mitgliede ein einmaliger Beitrag von 1 M zur Stärkung der Bezirkskasse und für die übrigen Monate allwöchentlich 5 Pf. Bezirksbeitrag, wie bisher, zu bezahlen sind, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Wahl zum Bezirksausschuß bleibt der Verwaltungsstelle München vorbehalten. Nach einer Schlussansprache des Kollegen Schmidt-Berlin wurde die nach allen Seiten, soweit diese unsere Bewegung berühren, anregende Tagung um 6 1/2 Uhr abends geschlossen.

Mühlhausen i. G.

Hab manches in meinem Leben schon gesehen, Gewann auch dadurch an Einsicht und Klarheit, Doch niemals, ich will es offen gestehen, Sah ich — ungeprügelte Wahrheit!

In diesen „reizenden“ Spruch wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die derzeitige schriftliche sowie mündliche Tätigkeit der roten Beamten im Blick beobachtet. Nun ja, als Entschuldigungsgrund kann man die von Kautsky aufgestellte Moral gelten lassen, daß der „Genosse“ dem Gegner gegenüber nicht zur Wahrheit verpflichtet ist.

In einer am Mittwoch, den 17. August, von den „freien“ Bauarbeiterverbänden ins Lokal „Zur Sonne“ einberufenen Versammlung, die mit großem Tamtam in der Mühlhäuser „Volkzeitung“, sowie durch Handzettel den Bauarbeitern als „Massenversammlung“ angekündigt wurde, hatten sich von den vier in Betracht kommenden Verbänden etwa 100 bis 110 „Genossen“ eingefunden.

Der Gauleiter des roten Maurerverbandes hielt einen Vortrag über das Thema „Wie organisieren wir uns?“ „Genosse“ Vogt hat sich mit seinem Vortrag dem „großen“ Hue (Führer der Essener Sozialdemokratie) im Prophezeien hervorgetan. Der „große“ Otto Hue hatte 1903 prophezeit: „Die christlichen Gewerkschaften werden demnächst ganz verschwinden“. Nach Hues Ansichten humpelten die christlichen Gewerkschaften auf den letzten verfaulten Krücken. — Mehr als durch beißende Ironie haben die geschichtlichen Tatsachen Hue genau das Gegenteil um die Ohren geschlagen!

Wie die Versammlung in der „Sonne“ gezeigt hat, hat der „Genosse“ Vogt Hues „Prophezeie“ übernommen. Er prophezeite den christlichen Gewerkschaften eine sehr schlechte Zukunft (!). Nach Vogt seiner „Wissenschaft“ sind die christlichen Organisationen von der Geißlichkeit ins Leben gerufenen Gruppen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Gewerkschaften. (??) Die christlichen Gewerkschaften ständen auch heute noch unter der Botmäßigkeit der Geißlichen. (?) Die Kritik der Christlichen sei anfangs gewesen: in schönster Harmonie mit dem Unternehmertum die Arbeiterforderungen und Arbeiterrechte hintanzuhalten. An Streiks hätten die Führer der Christlichen Verbände nicht eher gedacht, bis sie von ihren Mitgliedern dazu gezwungen worden seien. (?) Wörtlich sagte dieser „famose“ Geschichtskrücker: „Aus den Reihen der Mitglieder wurde den Christlichen Führern gesagt, wir haben es satt mit eurer Predigt über bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, wir wollen jetzt einmal Taten sehen.“ Daraufhin seien dann die Führer gezwungen worden, den Streik zu billigen. (?) O, bu Armer, im Geiste!

Weiter sagte Vogt seinen „getreuen“ Gläubigen: Die christliche Bauarbeiterorganisation hätte bis heute noch keine Bedeutung bei Lohnbewegungen gehabt, und würde auch nie Bedeutung erlangen. (???) In Rheinland und Westfalen hätten die Unternehmer noch nicht anerkannt. (??) In Etier hätten die christliche Bauarbeiterorganisation links liegen lassen bei den diesjährigen Verhandlungen. (?) Auch im Elsaß und Baden hätten die „freien“ Verbände die Bewegung, sowie die Verhandlung geführt. Ihnen allein wäre es zu verdanken, daß die Bauarbeiter einen solchen Erfolg erzielt hätten. (?) Die Aufgabe der „freien“ Gewerkschaften der Maurer und Bauhilfsarbeiter müsse sein (besonders in Mühlhausen), daß bis zum nächsten Kampf die Christlichen verschwinden. Wären die Christlichen verschwunden, dann erst könnten „größere“ Erfolge für die Bauarbeiter erzielt werden. Die Neutralität der „freien“ Verbände bewies dieser „geprügelte“ Gauleiter mit folgenden Worten: In den „freien“ Verbänden befinden sich heute noch tausende Mitglieder, die „fromme“ Christen sind und jeden Sonntag in die Kirche gingen. Niemand würde sie daran hindern! Einen Kampf gegen diese, weil sie in die Kirche gingen, gäbe es nicht. (?) Die „freien“ Verbände trieben auch keine Politik. (?) Vogt ist es höchst unbegreiflich, daß unser Verband in diesem Jahre noch keine Mitgliederzahlen veröffentlicht hat. Er schließt daraus, daß es mit der christlichen Bauarbeiterorganisation rückwärts gehe. (?) O heilige Ennsicht! Gibt es wohl noch einen größeren Komplexionsrat, als diesen Herrn Vogt? Höher geht der Lärm und die Verlogenheit nimmer, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn unter den Genossen „dritter und vierter Güte“ auf Grund solcher Darlegungen das traurige Zeug, die trübsinnigen Ansichten über die christliche Arbeiterbewegung sich einmischen. Man wird da unwillkürlich an ein Urteil erinnert, das die „Einigkeit“ Organ der „freien“ Vereinigung deutscher Gewerkschaften (sogenannte Anarcho-Sozialisten), in Nr. 25 brachte: „Wahrscheinlich wird die Demagogie zu verschaffen wissen, lehrt unsere deutsche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbewegung zur Weiden. Die meisten ihrer Führer sind verschlagene Burschen, heuchlerisch, und wenn es sein muß, greifen sie zur Lüge. . . In Versammlungen und Diskussionen mit Gegnern der von ihnen befolgten Taktik und Prinzipienanschauung kommt es den Lügen- und Ohrenzeugen so recht zum Bewußtsein, daß jene „Führer“ nur durch Lüge ihren Zweck zu erreichen suchen.“

Ja, ja! Der Hwed heiligt die Mittel. Bei all diesen Verlogenheiten und bei all dieser Hege, wie sie in letzter Zeit im Elsaß betrieben werden, hat man noch den traurigen „Mut“, an die christlichen Bauarbeiter das Ansehen zu stellen, den sozialdemokratischen Zwangsorganisationen beizutreten. Dieser Herr Vogt, als Christlicher längst bekannt, erklärt in öffentlicher Versammlung, daß bis zur nächsten Lohnbewegung die Christlichen verschwinden sein müssen. Nun ist es uns erklärlich, daß der Terrorismus der „freien“ Bauarbeiter zunimmt. Herr Vogt hat seinen Terroristen einen nicht mißzuverstehenden Wink gegeben. Wenn Herr Vogt auch in der Versammlung scheinheilig erklärte, es sollte nicht terrorisiert werden, so hatten seine „geistig“ entwickelten Zuhörer den Wink mit dem Jauchzettel verstanden. Am Donnerstag nach dieser „famosen“ Versammlung wurden zwei christlich organisierte Hilfsarbeiter derart beschimpft, daß einer zu den „Freiheitsjungen“ übertrat, der andere jedoch die Arbeitsstelle verließ, nur um Ruhe zu haben. Einige Baulegeleiter erklärten unserem Kollegen, sie müßten jetzt überretten, wollten sie dies nicht, so würde es ihnen schon besorgt werden. (!!!)

Es scheint neuerdings, als ob die Baulegeleiter der roten Couleur in einer Dressuranstalt zur Vernichtung der christlich organisierten abgerichtet wurden! (Nun ja, Herr Vogt hält sich schon längere Zeit in Mühlhausen auf, und da ist schon manches möglich!) Sobald sich ein christlich organisierter Bauarbeiter allein an einen Neubau zur Arbeit begibt, so wird sofort von den Genossen Bericht abgeholt über den verirrten Christlichen. . . Nach dieser Gerichtsfindung beginnt dann das folgende: „Du mußt dich umschreiben lassen, was tust du bei den Pfaffenbrüdern?“ Gelingt es auf diese Weise nicht und hält der Kollege stand, so werden schwerere Gesandte aufgeschickt. Man nimmt dem Kollegen das Buch ab und stellt ihm einfach ein rotes Buch aus. Ist der Kollege damit nicht einverstanden, so wird er gequält und zwar so lange, bis er die Arbeitsstelle verläßt. Solche Selbsten mögen dann nach vollbrachter Tat ausrufen: „Es lebe die Freiheit!“

Daß das Benehmen der Roten auch in der Mühlhäuser Bauarbeitergewerkschaft mehr und mehr verurteilt wird, beweist die Tatsache, daß die Zahl der christlich organisierten Bauarbeiter immer größer wird. Dieselbe beträgt heute über 400; täglich mehren sich die Neuaufnahmen, auch sind einige Uebertritte zu verzeichnen. Die Hege gegen unseren Verband wird also mißglücklich und bedeutet nur einen Schlag ins Wasser. Wir sind überzeugt, daß jedem vernünftig und gerecht denkenden Arbeiter in den sozialdemokratischen Verbänden von selbst die Erkenntnis kommen muß, daß ein solcher Kampf, wie die „Genossen“ ihn hier zu führen bestehen, gegen die christliche Organisation nur zum Schaden des ganzen Bauarbeiterstandes ausfallen muß. Die Lügen und Verleumdungen des Herrn Vogt und Konforten weisen wir auf das entschiedenste zurück. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hat zu jeder Zeit gezeigt, daß er ehrlich befreit gewesen ist, die Arbeiterinteressen zu vertreten und jede Ueberzeugung zu achten, das beweist die Geschichte seiner zehnjährigen Tätigkeit, das beweisen die vielen Kämpfe, welche derselbe im Interesse der deutschen Bauarbeitergewerkschaft geführt hat. Wenn Herr Vogt sagte, die Unternehmer wollten von den christlichen Organisationen nichts wissen, sie verhandelten lieber mit den „Genossen“, so beweist er damit nur, was Kierkegaard sagte: „Die christliche Arbeiterbewegung ist uns gefährlicher, als die sozialdemokratische.“

Deshalb ergeht der Ruf an alle Bauarbeiter im Elsaß: Schließt euch dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands an; dann werden eure Interessen aufs nachdrücklichste vertreten werden. Auch dann, aber nur dann, wird wahre Freiheit und Brüderlichkeit auf den Baustellen platzgreifen. Deshalb, Kollegen, standgehalten, wehret den Terrorismus der „Freiheitshelden“ ab. Meldet sofort derartige Fälle der Leitung des christlichen Verbandes.

Mit vereinter Kraft, Man Großes schafft.

Nur durch vereintes Handeln aller christlich organisierten Bauarbeiter im Elsaß werden die Pläne des Herrn Vogt und Konforten abprallen.

F. A. H.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter hielt am 14. August und folgende Tage zu Köln, seinem Sitz, den 4. Verbandstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften war Herr Generalsekretär A. Stegerwald-Köln anwesend. Herr Kreissekretär P. Debenbach begrüßte die Delegierten in herzlichster Weise auf kölnisch historischem Boden. Der bisherige Zentralvorsitzende, Herr Alois Lechner-Köln, erstattete den Geschäftsbericht, dem sich der Rechenschaftsbericht des Kassierers, Herrn Fromm, anschloß. Aus diesem ging hervor, daß der Verband zu demjenigen gehörte, die sowohl von der wirtschaftlichen Krise mit am schwersten getroffen, als auch allen Gefahren und Bedrängnissen einer entschieden um die Emanzipation des Arbeiterstandes in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ringenden Organisation angesetzt war. Die Mitgliederbewegung weist eine sprunghafte Entwicklung nach. Auf- und abwärts, vom Gründungsjahre 1902 bis 1908 stieg die Zahl der Mitglieder von 400 auf 8352. Innere Umwälzungen und äußere Einwirkungen bewirkten einen Rückgang der noch jungen Organisation auf annähernd 5558 Mitglieder bis Ende 1909. Doch schon das 1. Quartal 1910 brachte einen Umschwung zum Besseren. Nach 4886 Aufnahmen und 2418 Abgängen beträgt heute die Mitgliederzahl 6100. Auch die innere Festigung geht vor sich. Es steigerten sich die Beitragsleistungen der Mitglieder von 3 M im Jahre 1902 auf 15 M pro Kopf und Jahr gegenwärtig. Die Einnahmen betragen 157 134 M, die Ausgaben 166 477 M, Unterstützung 80 000 M, pro Kopf 15 M. Der Verband war an 64 Lohnbewegungen mit 2756 Mitgliedern beteiligt, wovon 14 mit 1041 Mitgliedern zum Streik führten, deren bedeutendster der Spiegel-Glasmacherstreik in Bayern war. Die Bewegungen, die meistens Abwehr von Verschlechterungen waren, brachten trotzdem den beteiligten Arbeitern Lohnaufbesserungen von einer bis sechs Mark pro Woche. Von den Streiks führte die Organisation allein 57, mit anderen Organisationen 7. Tarifverträge wurden 20 mit 133 Betrieben abgeschlossen. Durch den Anschluß der Steinarbeiter änderte sich der Verbandstiel und wurde dem Verband mehr der Charakter eines Industrierverbandes für Stein und Erde beigelegt. Nach erfolgten Berichten der Bezirksbeamten und Delegierten, die sich teils mit gebührender Kritik, teils mit praktischen Vorschlägen, doch alle in einem energischen Willen und im Bewußtsein eine schwere Krise überwinden zu haben, äußerten, ergriß Generalsekretär Stegerwald das Wort. Er bezeichnet die Entwicklung des Verbandes als eine nicht anfergewöhnliche und wies dabei auf die Gefährdung hin, welche aus einem Auf- und Abstieg einzelner Volksgemeinschaften zeige. Mit Kraft und Energie müsse die innere Entwicklung fortgeschritten. Die gegenwärtigen Verhältnisse, eine immer bessere Entwicklung der Finanzverhältnisse, die Erziehung

der Mitglieder zu opferwilligen Kämpfern ihres Standes, Förderung des Selbstbewußtseinsgedanken werden auch in Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter anderer Brüderverbänden gleichgestaltet.

Volkswirtschaftliches u. Soziales

Ein Gesetz zur Bekämpfung des Alkoholismus in Italien. In Italien ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, sich gegen die mannigfachen Schäden des Alkoholismus wendend. Mit dem Kampf gegen den Alkoholismus soll schon in den Schulen begonnen werden, denn in dem Entwurf wird vorgeschlagen, daß in allen Elementar-, Mittel- und Fortbildungsschulen eine festgesetzte Zahl von Stunden zur Belehrung über die schädlichen Folgen starken Alkoholkonsums und besonders jugendlichem Alter verwendet werden muß. In geschlossenen Erziehungsanstalten, bei Schulfesten und Schülerwanderungen sollen den Kindern alkoholische Getränke nicht gegeben werden. Für die Verkaufsstellen alkoholhaltiger Getränke werden dem Entwurf ziemlich weitgehende Beschränkungen vorgeschlagen. Jede derartige Verkaufsstelle muß mindestens 500 Meter von einer Erziehungsanstalt fernliegen, Kindern unter 15 Jahren der Verkehr in solchen Lokalen nur in Begleitung erwachsener Personen gestattet. Eine Bestimmung setzt fest, daß der Verkäufer einer Verkaufsstelle für alkoholische Getränke zivilrechtlich für jeden Schaden in Anspruch genommen werden kann, den er in seinem Lokal betrunkener gewordener Mensch anrichtet, an dessen Schulden für alkoholische Getränke gerichtlich nicht eingeklagt werden können. Uebertretungen gegen diese vorgeschlagenen Bestimmungen sollen bestraft werden im ersten und im zweiten Falle mit Strafen bis zu 500 Lire und bis zu einem Monat Haft, im wiederholten Rückfall auch noch mit Dienstentlassung bei Lehrern und mit Entziehung der Konzession bei den Wirten.

Soziale Rechtsprechung.

Untersteht auch ein Polier im Baugewerbe den für die übrigen Arbeiter geltenden Tarifbestimmungen? Ein gegen 60 M wöchentliches Gehalt angestellter Zimmerpolier in Hamburg verklagte einen Bauunternehmer auf Lohn für 14 Tage, weil er ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist auf seiner Stellung entlassen worden war. Der Bauunternehmer berief sich auf den im Baugewerbe geltenden Tarifvertrag, wonach eine Kündigungsfrist gegenständig nicht eingekalkuliert werden brauche. Der Kläger erklärte, der Tarifvertrag finde auf ihn als Polier keine Anwendung. Der Kläger wurde abgewiesen. Da der Kläger nicht behauptet habe, daß er mit der Beklagten eine Kündigungsfrist vereinbart habe, so bleibe es dabei, daß — wie im Hamburger Baugewerbe allgemein üblich — das Arbeits- und Lohnverhältnis jederzeit am Tagesabschluss ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist und ohne Angabe eines Grundes von beiden Seiten gelöst werden können. Dies gelte auch für einen Zimmerpolier, da dieser nicht die Stellung eines Betriebsleiters, sondern nur die eines Vorarbeiters habe.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes. Bezüglich der Einsendung der Mitgliedsbücher und Legitimationskarten zwecks Einlebens der Erinnerungsmarkte wendet wir darauf hin, daß nur diejenigen Bücher und Karten einzusenden sind, die tatsächlich sich in Ordnung befinden. Vermehrte, Beschädigungen wegen Fehlens der Zuschlagsmarken usw. sind nicht auf besonderem Papier, sondern in der Legitimationskarte selbst zu machen und vom Vorsitzenden durch Unterschrift sowie Verwaltungsstellenstempel zu bescheinigen. Ferner erinnern wir daran, daß sämtliche geklebte Marken durch Abstempeeln zu entwerten sind. Der Zentralvorstand. J. A. Hof. Wiebeberg.

Bezirk München. Laut Beschluß der eingesetzten Kommission wird ab 1. Oktober d. Js. ein zweiter Verbandsfunktionär angestellt. Dessen Sitz ist in Augsburg. Die Anstellungsbedingungen werden nach den auf der 4. und 5. Generalversammlung unseres Verbandes gefaßten Beschlüssen: „Anstellung und Befolgung der Lokalbeamten betreffend“ geregelt. Bewerber für diesen Posten müssen bis 20. September an Unterzeichneten einen selbstgeschriebenen Lebenslauf, Mitteilung über ihre bisherige Tätigkeit für den Verband sowie eine Abhandlung 1. Ehrenausmerkmale zwischen den Christlichen und den übrigen Gewerkschaften Deutschlands, 2. Der Tarifvertrag im Baugewerbe, einbringen. Die Bewerbung muß außer die Aufschrift: „Bewerbung für den 2. Posten im Bezirk München“ tragen. Für die Kommission: J. A. Hans Brüdner, München, Fürstenseiler Str. 4. T. N. 2462.

Achtung! Münster i. W. Zugang von Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern nach Münster i. W. erwünscht. Zurreisende mögen sich im Verbandsbureau, Begegnende 7, melden.

Bezirk Saarbrücken. Mit Zustimmung des Hauptvorstandes berufe ich nach § 8 d. des Verbandsstatuts eine

Bezirkskonferenz nach Saarbrücken ein.

Dieselbe findet statt am Sonntag, den 18. September, mittags 1 Uhr, im „Lannhäuser“ zu Saarbrücken (St. Johann), Kaiserstraße 3.

Tagessordnung: 1. Bericht des Bezirksleiters, 2. Bericht der Delegierten, 3. Unsere nächsten Aufgaben, 4. Verschiedenes.

Jede Verwaltungs- bzw. Zahlstelle hat zu dieser Konferenz einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten tragen die Verwaltungsstellen. Die Delegierten sind in den Mitgliederversammlungen mittelst Stimmzetteln zu wählen.

Der Bezirksleiter. E. Belium, Saarbrücken 1, Am Markt 20.

Achtung! Verwaltungsstelle Hohenalja (Maurer und Zimmerer). (2,15) Sonntag, den 11. September, nachmittags 2 Uhr, findet im Verbandslokale (Schendels Hotel) eine außerordentliche Generalversammlung statt, wozu alle Kollegen erscheinen müssen. J. A. J. Krauß.